

## Erste Säule sichert Wettbewerbsfähigkeit - Stegemann gegen Umschichtung

Eine Lanze für die EU-Direktzahlungen bricht der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann. „Ich wehre mich gegen die Einschätzung, die Erste Säule habe sich überlebt und gehöre abgeschafft“, sagt Stegemann im Interview. Nach seiner Überzeugung sind die Direktzahlungen auch in ihrer gegenwärtigen Höhe eine entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Der CDU-Politiker erteilt einer Umschichtung von der Ersten in die Zweite Säule ebenso eine Absage wie einer Kappung. Dem Wissenschaftlichen Beirat wirft er „etwas zu viel Wertung“ in dessen GAP-Stellungnahme vor. Mit der SPD gebe es noch viele offene Fragen.

Länderberichte 1

## Erster Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in China löst große Besorgnis aus

In China ist erstmals ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in einer Nutzschweinehaltung festgestellt worden. Wie das Pekinger Landwirtschaftsministerium mitteilte, ist ein Schweinebetrieb in der nordöstlichen Provinz Liaoning betroffen. Die Infektion sei auf einer Farm mit 383 Schweinen entdeckt worden, nachdem dort 47 Tiere verendet seien. Mittlerweile haben die Behörden Sperr- und Beobachtungszonen eingerichtet und im Umkreis des Betriebes fast 1 000 Schweine gekeult. Die Nachricht des ASP-Ausbruchs hat in China große Besorgnis ausgelöst, denn in der betroffenen Region ist rund die Hälfte aller weltweit gehaltenen Nutzschweine beheimatet.

Länderberichte 16

## Karas will mehr Geld für Europa - Kürzungen im Agrarretat nur so zu vermeiden

Mit Blick auf die Kritik einiger EU-Mitgliedstaaten an steigenden Beiträgen für den vorgeschlagenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und die Kürzungen beim EU-Agrarhaushalt hat der österreichische EU-Abgeordnete Dr. Othmar Karas die Mitgliedstaaten zu einer größeren Bereitschaft für höhere Zahlungen nach Brüssel ermutigt. Jeder Euro für Europa sei eine Investition in die Zukunft, gerade wenn man an die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik denke, betont der ehemalige Vizepräsident des Europaparlaments im Interview. Nur mit steigenden Beiträgen der Mitgliedstaaten seien die von der Kommission vorgeschlagenen Kürzungen im Agrarretat zu vermeiden.

EU-Nachrichten 1

## Schnelle Hilfe für Viehhalter angestrebt

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner will den viehhaltenden Betrieben, die unter der anhaltenden Dürre und Hitze besonders leiden, möglichst schnell unter die Arme greifen. Sie räumte ein, dass die betroffenen Landwirte nicht bis Ende August warten könnten, wenn der Erntebericht vorliege. Dann erst will die Ministerin über mögliche Bundeshilfen entscheiden. Für den Bundesrechnungshof brauche man valide Zahlen und keine Einschätzungen oder Stimmungsbilder, so Klöckner. Zur Unterstützung der Viehhalter sollen die Länder nun möglichst schnell die von ihnen beabsichtigten Hilfsprogramme melden, damit der Bund seine Unterstützung aufsatteln kann. Der Deutsche Bauernverband (DBV) setzte vergangene Woche seine Ernteschätzung nochmals nach unten und mahnte schnelle und unbürokratische Hilfen von Bund und Ländern an. Bauernpräsident Joachim Rukwied warb erneut für eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Ein Vorschlag, der auch von Bundespolitikern unterschiedlicher Couleur aufgegriffen wurde. Die Grünen nahmen die Dürreschäden und Hilfsforderungen zum Anlass, erneut eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und der Agrarförderung zu fordern. Unterdessen gab die EU-Kommission grünes Licht für ihre angekündigten Maßnahmen zur Unterstützung der dürrebeschädigten Landwirte. Den Mitgliedstaaten wird es ermöglicht, bis zu 70 % der Direktzahlungen und bis zu 85 % der Beihilfen für die ländliche Entwicklung bereits vorzeitig Mitte Oktober auszuzahlen. Ungeachtet dessen wurden in etlichen EU-Ländern bereits konkrete Hilfsprogramme für die betroffenen Landwirte auf die Beine gestellt.

Länderberichte 22 und Markt+Meinung 9